

Oliver Corff

TIANANMEN 1989

Zur gegenwärtigen Lage in
der Volksrepublik China

OAG aktuell

Vorträge · Materialien

Nr. 45

Tiananmen 1989

Zur gegenwärtigen Situation in der Volksrepublik China

OLIVER CORFF

Die OAG ist eine 1873 in Japan durch deutsche Kaufleute, Gelehrte und Diplomaten gegründete Vereinigung, deren Ziel es u.a. ist, die Länder Ostasiens, insbesondere Japan, zu erforschen und Kenntnisse darüber zu verbreiten.

Die Reihe *OAG aktuell* erscheint in unregelmäßigen Abständen und geht allen Mitgliedern der OAG kostenlos zu. Soweit die jeweilige Auflage reicht, steht sie auch anderen Interessenten zur Verfügung.

Die Manuskripte für die Reihe *OAG aktuell* gehen in der Regel auf Vorträge zurück, die in der OAG Tokyo gehalten wurden. Sie enthalten grundsätzlich die Auffassung der jeweiligen Verfasser, die sich nicht notwendigerweise mit der Auffassung der OAG zu decken braucht.

Das vorliegende OAG aktuell beruht auf einem Vortrag, der am 10. Januar 1990 in der OAG gehalten wurde.

Redaktion: Dr. Uli Pauly

Copyright © 1990 Deutsche Gesellschaft für
Natur- und Völkerkunde Ostasiens (OAG)
Tokyo, Japan
Printed in Japan, by Komiyama Printing Co.,
Oktober 1990
ISSN 0915-8790

1. Vorgeschichte

1.1. Demokratiebewegungen in China seit 1949

Im Gegensatz zur Dissidentenbewegung der 70er und 80er Jahre in der Sowjetunion, die relativ deutlich organisiert war und ihre eigenen Publikationen herausbrachte, kann man in China nicht von einer Demokratiebewegung als geschlossenem gesellschaftlichen Block mit einem seit Anbeginn klar umrissenen Programm sprechen.

Wenn dennoch von einer Demokratiebewegung gesprochen wird, so liegt dies daran, daß verschiedene historische Ereignisse deutliche Gemeinsamkeiten aufweisen. Diese Gemeinsamkeiten definieren sich durch die Interessengruppen der durch alle Gesellschaftsschichten getragenen Auseinandersetzungen ebenso wie durch die von den Interessengruppen vertretenen Überzeugungen.

Die gesellschaftliche Frontenbildung ist scheinbar immer gleich geblieben; auf der einen Seite befindet sich die KPCh, auf der anderen Seite befinden sich Intellektuelle, also Studenten, Hochschullehrer, Ingenieure und andere, nicht parteilich organisierte Füh-

rungskräfte mit spezialisierter Bildung, weiterhin auch Kräfte innerhalb der Partei. In Wirklichkeit sind jedoch viele der Bewegungen aus teilweise persönlichen Differenzen innerhalb der Partei selbst entstanden und wurden dann in die breite Öffentlichkeit getragen.

Die erste dieser Bewegungen wurde von der Partei selbst ausgelöst, als sie 1957 zu Kritik und Verbesserungsvorschlägen aufrief. Schon bald jedoch nahm die Kritik überhand; es wurden Mißstände angeprangert, die auch heute wieder Kernpunkte der Auseinandersetzung zwischen Intellektuellen und Partei bilden und denen die Partei bis heute im Kern nicht widersprochen hat. Angegriffen wurden besonders Korruption, staatliche Verschwendung und Ämtermißbrauch. Heikel war besonders der letzte Punkt, da er sich sehr schnell gegen bestimmte Personen richten mußte.

Die Partei setzte der Kritik ein Ende, indem sie eine große Anzahl von Intellektuellen auf das Land schickte, und zum Teil in die entferntesten Regionen, das Autonome Gebiet Xinjiang und die Provinz Heilongjiang, wo viele bis zu 20 Jahre auf ihre Rehabilitation warten mußten.

Die nächste große Welle, die wiederum von der Partei selbst ausging, war die von Mao Zedong entfesselte "Große Proletarische Kulturrevolution", die in Wirklichkeit zunächst "nur" ein schlecht verhüllter, über Jahre bis aufs Messer geführter Machtkampf zwischen verschiedenen Gruppierungen innerhalb der KPCh war.

Der Kampf Mao Zedongs richtete sich gegen Liu Shaoqi, seinen engsten Verbündeten während der ersten 15 Jahre des Bestehens der VR China. Liu, der das Amt des Staatsoberhauptes seit 1959 innehatte, wurde (wie auch Deng Xiaoping) der Vorwurf des Kapitalistentums gemacht, er wurde im Oktober 1968 aus der Partei ausgestoßen. Marschall Lin Biao, Mitkämpfer Maos

gegen Liu Shaoqi, wurde Vizevorsitzender der KPCh. Lin floh nach einem mißglückten Anschlag auf Mao Zedong und kam auf der Flucht bei einem Flugzeugabsturz ums Leben. Nachfolger Lin Biaos wurde Wang Hongwen, Mitglied der "Viererbande" um Maos Frau Jiang Qing. Er hegte Ambitionen auf die höchsten Positionen in Partei und Regierung, wurde jedoch schon Wochen nach Maos Tod 1976 durch Sicherheitskräfte des von Mao kurz vor seinem Tod zum Nachfolger designierten Hua Guofeng festgenommen, vor ein Gericht gestellt, zum Tode verurteilt (das Urteil wurde später in eine lebenslange Haftstrafe umgewandelt) und aus der Partei ausgestoßen.

In dem 1966 beginnenden, fast ein Jahrzehnt währenden Chaos der Kulturrevolution, von dessen ökonomischen und kulturellen Schäden China sich bis heute nicht erholt hat, wurden alle Hochschulen geschlossen. An der gesellschaftlichen Basis ging die Gewalt in die Hände der Roten Garden über, bewaffneten Gruppen Jugendlicher, die in der Endphase der Kulturrevolution einander bekriegten, so daß es erst der Armee gelang, die öffentliche Ordnung wiederherzustellen. Die Hauptleidtragenden waren in dieser Zeit Personen mit Hochschulbildung, Personen mit Angehörigen im Ausland, Personen mit ehemaligem Aufenthalt im Ausland, kurz, alle, denen in irgendeiner Form bourgeoises, reaktionäres Denken oder Verbindungen zum Klassenfeind vorgeworfen werden konnten. Dies schloß auch alle diejenigen Politiker und Kader mit ein, die aus Verantwortungsbewußtsein für ihre Betriebe handelten und vor ökonomischen Tatsachen die Augen nicht verschließen konnten. Ihnen wurde kapitalistisches Denken zum Vorwurf gemacht.

Die Kulturrevolution fand ihr Ende mit dem Tiananmen-Zwischenfall, als sich im April 1976 während des

Qingming-Festes, des traditionellen chinesischen Totengedenktages, anlässlich des Todes Zhou Enlais im Januar desselben Jahres spontan auf dem Tiananmenplatz Protestgruppen bildeten, die ihren Unmut über die Auseinandersetzungen zwischen Viererbande und ZK zum Ausdruck brachten. Die Proteste richteten sich gegen die sogenannte "Bewegung zur Kritik an Deng Xiaoping und zum Kampf gegen die auf eine Revision früherer Urteile abzielende rechtsabweichlerische Tendenz". Die Protestkundgebungen wurden sehr schnell aufgelöst, es kam zu Verhaftungen und die Kundgebungen wurden als konterrevolutionär gebrandmarkt. Hua Guofeng behauptete, daß es

“tatsächlich eine winzige Anzahl von Konterrevolutionären gibt, die das Tiananmen-Ereignis inszeniert hätten.”

Im Dezember 1978 wurden auf der 3. Plenartagung des XI. ZK der KPCh Deng Xiaoping rehabilitiert, der Tiananmen-Zwischenfall als heldenmütige, revolutionäre Äußerung der Massen bezeichnet sowie alle früheren Dokumente darüber für nichtig erklärt.

Deng Xiaoping hielt am 13. Dezember 1978 zur Vorbereitung der 3. Plenartagung des XI. ZK der KPCh eine Grundsatzrede über die politische Wichtigkeit der Befreiung des Denkens und die Demokratie als wichtige Voraussetzung dafür; in dieser Rede sagte er folgendes:

“Den Massen sollte erlaubt werden, kritische Meinungen zu äußern. Wir haben nichts zu befürchten, selbst wenn einige wenige Unzufriedene die Demokratie ausnutzen, um Unruhe zu stiften. Solche Vorfälle sollten wir korrekt behandeln, in der Überzeugung, daß die überwältigende Mehrheit der Volksmassen urteilsfähig ist. Was eine

revolutionäre Partei wirklich beunruhigen muß, ist, daß sie die Stimme des Volkes nicht mehr hört.”

Die Reaktion der Volksmassen auf die Rehabilitation des Tiananmen-Zwischenfalles war überwältigend. Wenig später, im Winter 1978/1979, erschien in Beijing in Xidan die "Mauer der Demokratie", ein Areal, in dem in Wandzeitungen (Dazibao) Kritik an den bestehenden politischen Verhältnissen geübt wurde. Es wurde auch das erste Mal die Forderung nach Demokratie gestellt, namentlich von Wei Jingsheng. Diese Form der Meinungsäußerung wurde für die Partei bald unerträglich; wenige Monate später erloschen die Aktivitäten, Wei Jingsheng wurde verhaftet und sitzt bis heute im Gefängnis ein. Zu dieser Zeit kann erstmals von einer "Demokratiebewegung" gesprochen werden.

Im Jahr 1981 wurde Hua Guofeng von Deng gestürzt; Deng bekam volle Kontrolle über die Partei; Hu Yaobang wurde Generalsekretär, Zhao Ziyang wurde Premierminister.

Unter dieser Führung erholte China sich zunächst von den Schäden der Kulturrevolution und setzte die 1979 beschlossene Politik der Öffnung nach Außen und der wirtschaftlichen Belebung nach Innen in die Praxis um.

Bereits im Winter 1983 jedoch kam es zu ersten Rückschlägen. Die im Ausland relativ wenig beachtete Kampagne gegen "geistige Verschmutzung" richtete sich oberflächlich gegen solche westlichen Übel wie Pornographie, Rockmusik und lange Haare, galt jedoch eigentlich dem Gedankengut der gefürchteten "bourgeois-liberalisierung" westlichen Stils. Die unmittelbare Folge war zunächst, daß Kontakte zwischen Chinesen und Ausländern in dieser Zeit fast völlig zum Erliegen

kamen. Bereits Monate vorher, im Sommer 1983, gab es eine Kampagne zur Verbesserung der öffentlichen Ordnung und der Verbrechensbekämpfung, bei der in einer Welle von Verhaftungen Betriebe von "schlechten Elementen" gesäubert wurden.

Die Kampagne gegen "geistige Verschmutzung" wurde Anfang 1984 sehr schnell abgebrochen, als allzudeutlich wurde, daß sie nicht mit dem Programm der Öffnung nach Außen vereinbar war und einem Import dringend benötigter westlicher Technologien und Managementmethoden im Wege stand.

Ende des Jahres 1986 formierten sich in Beijing, Shanghai und anderen Städten spontan Kundgebungen von Studenten, die miserable Zustände in chinesischen Universitätsmensen und Wohnheimen zum Anlaß für Protestkundgebungen nahmen. Die Proteste fanden Unterstützung in der Bevölkerung, da erstmals als Ergebnis der Wirtschaftsreformen auch die Preise kräftig angezogen hatten, ohne daß die Gehälter mithalten konnten. Die Studenten mit ihren vorher bereits sehr niedrigen Stipendien waren von den Preissteigerungen am härtesten betroffen. Sehr bald wurde der Ruf nach Demokratisierung und freiem Meinungs austausch laut. Vereinzelt kam es zwischen Studentenvertretern und Universitätsvertretern zu Dialogen, so an etwa der Tongji-Universität in Shanghai. Die Bewegung wurde jedoch schon wenige Wochen später abgebrochen. Hu Yaobang mußte die politische Verantwortung für die Vorgänge übernehmen und wurde seines Postens als Generalsekretär enthoben, durfte aber weiter im Politbüro bleiben. Zhao Ziyang übernahm seinen Posten.

Im April 1989 starb Hu Yaobang. Die zu seinen Ehren veranstalteten Trauerfeierlichkeiten erregten durch die halbherzigen, Lippenbekenntnissen gleichen offiziellen Nachrufe den Zorn von Studenten, Univer-

sitätslehrern und weiten Kreisen der Bevölkerung. Hu Yaobangs volle Rehabilitation wurde verlangt und es kam zu spontanen Demonstrationen, die über den momentanen Anlaß hinaus sehr schnell zu einem Forum für Studenten und Arbeiter wurden, die seit langem wieder zum ersten Mal geeint unter den gleichen Fahnen marschierten. Zentrale Punkte der Proteste waren die katastrophalen wirtschaftlichen Zustände, die sich durch das unkontrollierte Wirtschaftswachstum eingestellt hatten. Die gemittelte Inflation von bis zu 30% fraß die ohnehin mehr als knappen Gehälter auf, während die Preise für Güter und Dienstleistungen der verschiedensten Art in den Himmel schossen. Besonders augenfällig war der Amtsmißbrauch geworden. Die Kritik richtete sich daher sehr schnell auch gegen Deng Xiaoping, der einerseits erkennbar die Geschicke der Partei und des Staates in der Hand hielt, ohne durch ein entsprechendes Amt ausdrücklich dafür befugt zu sein und andererseits zwar schon Jahre vorher ein Pensionierungssystem für alte Kader ausgedacht hatte, des Inhalts, die bislang lebenslang dienenden Führungskräfte rechtzeitig von ihren Posten abzulösen, hingegen keine erkennbare Bereitschaft zeigte, selber die Konsequenzen aus dieser politischen Neuschöpfung zu ziehen und von seinem verbliebenen Amt als Vorsitzender der Militärkommission des ZK der KPCh zurückzutreten.

1.2. Kultur- und Erziehungskrise

Teils als Folge der Kulturrevolution, teils als Begleiterscheinung der Wirtschaftsreform der letzten zehn Jahre und teils als Folge einer sprunghaften, dem politischen Tageswetter ausgesetzten Wissenschafts- und Erziehungspolitik, hat sich im Verlauf der letzten Jahre eine tiefe, weitreichende Vertrauenskrise zwischen Intel-

lektuellen und Partei entwickelt, die ein entscheidendes Moment für die Bereitschaft zur radikalen und freien Meinungsäußerung war, die in der Geschichte der VR China bis dahin in diesem Umfange nicht existiert hatte.

Durch die nahezu ein Jahrzehnt währende, fast völlige Unterbrechung des Lehrbetriebes an den Hochschulen und die über Jahre an den Fundamenten der chinesischen Kultur rüttelnden, die Gesellschaft in ihren elementaren Bestandteilen angreifenden Kampagnen der Kulturrevolution war es zu einem eklatanten Mangel an Lehrkräften und einem Verfall des Ausbildungsniveaus gekommen, der bis heute spürbar ist. In Begleitung mit der Öffnungspolitik entwickelte sich in den letzten Jahren ein Hunger auf ausländisches Gedanken- und Kulturgut, der von weitgehend liberalisierten Medien nur teilweise befriedigt werden konnte.

Durch die Wirtschaftsreform stieg der Gesamtwohlstand der Bevölkerung an, und eine neue Klasse von Individualgewerbetreibenden bildete sich, die zum Teil erstaunliche Wirtschaftserfolge erzielen konnten. Gleichzeitig verarmten jedoch die Intellektuellen, da die Gehälter im Staatsdienst für Lehrer niedriger sind als für Facharbeiter und diese Gehälter außerdem die niedrigsten Steigerungsraten aufweisen. Darüber hinaus ist das Erziehungsbudget im Staatshaushalt der VR China prozentual eines der niedrigsten der Welt (es liegt noch unter dem Indiens und einigen der ärmsten afrikanischen Länder), während gleichzeitig die Regierung wieder mit sprunghaft wachsenden Analphabetenzahlen kämpft.

Durch die schlechten Einkommensaussichten für Hochschulabgänger und die guten Einkommensaussichten für Gewerbetreibende ermutigt, haben immer mehr Eltern ihre Kinder aus der Schule genommen und in neugegründeten Familienbetrieben angestellt;

Studenten verließen reihenweise die Universitäten, um sich Arbeitsplätze auf dem sich neu bildenden Arbeitsmarkt zu sichern. Teils, um die eigenen Gehälter aufzubessern, teils, um Geld für die katastrophal armen Schulen zu bekommen, betätigten sich Lehrer während der Pausen im Süßwarenverkauf und wurden Schulen in den Ferien in Herbergen umgewandelt.

Ferner ist es ein klassisch zu nennendes chinesisches Problem, daß Hochschulbildung immer nur für eine verschwindend kleine Anzahl von Personen zur Verfügung stand und steht. Die Statistik zeigt, daß im landesweiten Schnitt nur sechs Universitätsabgänger auf tausend Personen kommen, verglichen mit 173 in der Bundesrepublik Deutschland und 143 in Japan. In den chinesischen Großstädten sieht die Situation wesentlich besser aus, kann allerdings immer noch nicht mit den verglichenen Ländern mithalten.

Die Zahlen sind so alarmierend, daß ein im Mai 1989 in China veröffentlichter Artikel eine Hochrechnung anstellte, nach der das Land in zehn Jahren ohne Hochschulstudenten sein werde.

Dies sind in Kürze die wichtigsten äußeren Umstände für die Verbitterung der Intellektuellen. Genauso schwer wiegt, daß die meisten Chinesen von tiefem Patriotismus beseelt sind und in den verschiedenen Bewegungen ihren Unmut äußerten, weil sie an einer Besserung der Zustände im eigenen Land interessiert waren und sind; dafür werden sie gleichsam bestraft.

1.3. Binnenwirtschaftliche Lage

Bedingt durch überhitzten Konsum, ausgelöst durch vorherigen, teils ökonomisch bedingten, teils politisch motivierten jahrzehntelangen Konsumverzicht und eine Vielzahl von hastig getätigten Investitionen, die zu einem beachtlichen Teil wieder in den Konsum flossen, kam es

in den letzten Jahren zu einer Abwertung des Renminbi auf dem Inlandsmarkt wie auch im Devisenhandel der VR China, die bei Inflationsraten von teilweise 30% im Sommer 1988 zu massenhaften Abhebungen von Sparguthaben zwecks Hamsterkäufen von Haushaltsgütern, langlebigen Gebrauchsgütern (z. B. Kameras) und teuren Importartikeln allgemein führte. Nach Preisfreigabe für einige bisher preisgebundene Luxusgüter (bestimmte Alkoholika und Zigaretten) im August 1988 kletterten die Preise für Markenschnäpse innerhalb von zwei Wochen auf das Achtfache (Maotai-Schnaps von 40 auf 320 RMB).

Durch den Geburtenüberschuß der 50er Jahre drängten Anfang der 70er Jahre immer mehr Jugendliche auf einen nicht vorhandenen Arbeitsmarkt. Hinzu kam die chaotische Landverschickungspolitik der Kulturrevolution. Studenten gingen aufs Land, wurden aber von der Landbevölkerung nicht aufgenommen und versuchten nun mit allen Mitteln, wieder in die Großstädte zurückzuwandern. Die euphemistisch als "auf Arbeit Wartende" bezeichneten Arbeitslosen wurden in den 80er Jahren von der durch die Reformprogramme nun schnell wachsenden Wirtschaft aufgenommen und konnten sich auf privater Basis verselbständigen. Diese Individualgewerbetreibenden bildeten den Kern einer Güterversorgung, die in Qualität und Menge so von Staatsläden nicht bewerkstelligt werden konnte, war aber gleichzeitig Nährboden für eine Großzahl teilweise krimineller Wirtschaftspraktiken, die das Ansehen dieser neu entstandenen Klasse sehr schnell zunichte machten.

2. Gegenwärtige Situation

2.1. Politische Führung der VR China

Die wichtigste personelle Veränderung an der Spitze von Staat und Regierung seit dem Plenum des Volkskongresses Ende Juni 1989, auf der Jiang Zemin als Nachfolger Zhao Ziyangs zum neuen Generalsekretär der KPCh ernannt worden war, nachdem Zhao die politische Verantwortung für die Juni-Ereignisse zugeschoben worden war, stellte der im November bekanntgegebene Entschluß Deng Xiaopings dar, vom Vorsitz der Militärkommission zurückzutreten und in das Privatleben überzuwechseln. Offiziell hat Deng Xiaoping mit Schreiben vom 4. September 1989 an des Politbüro des ZK der KPCh um Rücktritt vom Posten des Vorsitzes der Militärkommission des ZK der KPCh ersucht, seinem einzigen Posten, den er bis dahin noch innebehalten hatte. Nachfolger und damit Inhaber der wichtigsten Ämter der VR China wurde Jiang Zemin. Yang Shangkun, bisher Vizevorsitzender des Ständigen Ausschusses der Kommission, rückte zum ersten Vizevorsitzenden der Kommission auf. Vermutungen, daß er den Vorsitz übernehmen könne, bestätigten sich nicht.

Da jedoch Deng Xiaoping als eine der zentralen Personen aus der Gründungszeit der KPCh und der VR China noch zu Amtszeiten über eine solche personengebundene Autorität verfügte, daß er über Amtsgrenzen hinweg bequem seine eigenen Entscheidungen durchsetzen konnte, bleibt abzuwarten, wie seine Auffassung vom "Rückzug in das Privatleben" zu verstehen ist. In seinem Rücktrittsschreiben formulierte er:

"... Mein Leben gehört der Partei, mein Leben gehört dem Staat. Auch nach meinem Rücktritt werde ich weiterhin Anteil an den Angelegenheiten

von Partei und Staat nehmen.“

Angesichts dieser Autorität wird auch verständlich, warum Partei und Regierung auf die Äußerung Zhao Ziyangs zu Gorbachev, daß alle wichtigen Entscheidungen immer noch Deng Xiaoping persönlich vorgelegt werden müßten, so heftig reagierten und Zhao den Verrat von Staatsgeheimnissen vorwarfen. Verraten wurde nichts, denn die von Zhao genannte Tatsache war ein offenes Geheimnis; viel schwerer wog der Gesichtsverlust für eine Partei und Regierung, in der Deng nur ein einziges Amt innehatte, nämlich den Vorsitz der Militärkommission beim ZK der KPCh. Der Führungsanspruch einer Partei, deren Führung ein Staatsdogma ist, wurde durch diese Äußerung desavouiert.

2.2. Personenkult um Deng Xiaoping

Seit seinem ersten Erscheinen im Fernsehen am 9. Juni 1989 nach Niederschlagung der Demonstrationen wird um Deng Xiaoping ein Personenkult getrieben, der zwar bei weitem noch nicht die Ausmaße des Kultes um Mao Zedong angenommen hat, dafür aber in Details gerne aus diesem Fundus schöpft. So wird Deng Xiaoping auf vielen Photos in Posen präsentiert, die getreue Kopien gleicher Posen Mao Zedongs sind: Auch Deng Xiaoping ist als Schwimmer abgelichtet.

Ebenfalls wie Mao Zedong läßt jetzt auch Deng Xiaoping seine Kalligraphien an öffentlichen Plätzen anbringen.

Wird über Deng Xiaoping berichtet, so geschieht dies selten unter Weglassung des Beiwortes "persönlich". "Der Genosse Xiaoping ordnete persönlich an", "schrieb persönlich einen Brief", "empfang persönlich" sind gebräuchliche Formulierungen. Daneben sind

häufig auch Wendungen wie "richtungsweisend", "von herausragender Autorität" etc. zu finden. Auch nach der öffentlichen Bekanntgabe seines Rücktrittes am 9. November 1989 erschien er noch auf der Titelseite von Renmin Ribao, so am 15. November in der Renmin Ribao zum Erinnerungsfoto mit "gewöhnlichen Angestellten" der Großen Halle des Volkes. Laut Bildunterschrift wurde das Photo auf Leserwunsch veröffentlicht.

2.3. Außenpolitik

Die gegenwärtige Außenpolitik der VR China kennzeichnet zunächst der seit Juni 1989 bestehende tiefe Riß zwischen führenden westlichen Ländern, also den U.S.A. und den EG-Staaten, die wegen der politischen und journalistischen Unterstützung der Studentenbewegung der Einmischung in innere Angelegenheiten bezichtigt wurden. Mehrere Länder zogen ihre Botschafter aus Beijing ab und froren die Beziehungen mit China auf Regierungsebene ein. Dies schloß die Verzögerungen in der Vergabe vorher ausgehandelter Kredite ebenso ein wie Wirtschaftssanktionen, vor allem auf dem technischen Sektor.

Von historischer Bedeutung für die VR China war die Normalisierung der Beziehungen mit der UdSSR, sichtbar durch den Besuch Gorbachevs im Mai 1989 in China. Gleichzeitig mit dieser Normalisierung ist bei der personellen Zusammensetzung der jetzigen Regierung eine starke Bevorzugung von Personen mit "so-wjetischem Hintergrund" zu beobachten, also ZK- und Politbüromitgliedern sowie Führungskadern in Militär und Wirtschaft, die in der Sowjetunion studiert oder Parteiarbeit geleistet haben.

Die Wiederherstellung der früheren ideologischen Einheit der Ostblockstaaten erwies sich jedoch als unmög-

lich. Die Ähnlichkeit zwischen den etwa gleichzeitig angekurbelten Reformprogrammen der Sowjetunion und China trägt. Da Gorbachev auch das Regierungssystem der Sowjetunion tiefgreifend umstrukturierte und bis zu einem gewissen Grad in der Sowjetunion politische Freiheiten praktiziert, die in der VR China nicht angestrebt werden, führten die Juni-Ereignisse in der Sowjetunion zu Protest. In einer am 11. Juni 1989 gehaltenen Rede vor der Versammlung der Abgeordneten des Volkes forderte A. Sacharow eine konsequente, energische Stellungnahme der Regierung und den Abzug der Botschafters der UdSSR aus Beijing.

Wenn andere Länder, so die DDR und die Tschechoslowakei¹, der Regierung in Beijing zur "Niederschlagung des konterrevolutionären Putschversuches" gratulierten, so muß dies zunächst angesichts der innenpolitischen Schwierigkeiten dieser Länder zu jener Zeit gesehen werden; die chinesische Methode wurde in der DDR offen als Drohmittel gegen die eigene Bevölkerung eingesetzt. Mittlerweile gehen diese Staaten Wege der gesellschaftlichen Entwicklung, die vor wenigen Monaten noch für undenkbar gehalten worden wären; für die chinesische Staats- und Parteiführung sind dies Tabuthemen.

Mit den noch verbliebenen, freundschaftlich gesonnenen Ländern pflegt China momentan eine rege Diplomatie: Kim Il Song besuchte im Herbst Beijing, Li Peng reiste im November nach Pakistan, Bangladesch und Nepal; noch Ende November stattete er Rumänien einen offiziellen Besuch ab.

Schwerwiegender ist jedoch, und dies verdeutlicht die tatsächliche Wichtigkeit der chinesisch-sowjetischen Beziehungen, die Kambodscha-Frage. Die UdSSR und die VR China sind die Hauptunterstützer der wichtigsten politischen und militärischen Kräfte in der

Kambodscha-Frage, den Vietnamesen und den Roten Khmer. Von der Lösung diese Konfliktes hängt auch die Wiederherstellung freundschaftlicher Beziehungen mit Vietnam ab.

2.4. Wirtschaftliche Probleme

Vermutlich in diesem Maße von der Regierung nicht vorhergesehen wurde die internationale Reaktion auf die Juni-Ereignisse. Es wurde eiligst versichert, daß keine Gefahr für Leib und Leben der in China anwesenden Ausländer bestehe und daß unbeirrt an der Reform- und Öffnungspolitik festgehalten werde.

Dennoch sind die Schäden größer als zunächst angenommen. Im Inland findet jetzt eine umfassende "Readjustierungskampagne" der Wirtschaft statt, begleitet von rigiden Spar- und deflationistischen Maßnahmen. So zog im Herbst zum ersten Mal die Staatsbank etwa 900 Millionen RMB (ca. 470 Mio. Mark) vom chinesischen Geldumlauf ab. Die Inflationsbekämpfungsprogramme greifen schneller als erwartet; dennoch hat die chinesische Regierung angekündigt, dieses Programm noch ein paar Jahre länger als ursprünglich geplant fortzusetzen.

Um das verlorene Vertrauen der Bevölkerung im Inland und der Wirtschafts- und Finanzkreise im Ausland zumindest teilweise wiederzugewinnen, hat sich die chinesische Führung zu einer Reihe von Maßnahmen entschließen können, die wenigstens teilweise wie Erfüllungen der im Mai und Juni 1989 gestellten Forderungen aussehen. So wird zur Zeit gründlicher gegen Wirtschaftskriminalität vorgegangen, es finden umfangreiche Preiskontrollen statt, es werden reihenweise Privatfirmen geschlossen (die Zahlen gehen in die Tausende), und China legte zum ersten Mal seine Auslandsschulden öffentlich dar. Gleichzeitig ist China peinlich

auf pünktliche Erfüllung seiner internationalen Zahlungsverpflichtungen bedacht. Trotzdem ist abzusehen, daß die Zeit des höchsten Schuldendienstes im Jahre 1991 von einer empfindlichen Devisenverknappung begleitet sein wird, da für China wichtige Devisenquellen wie Tourismus und Handel fast völlig zum Erliegen gekommen sind beziehungsweise an Volumen stark nachgelassen haben.

Besonders tief ist die Vertrauenskrise in Hongkong zu verspüren, der britischen Kronkolonie, die 1997 an die VR China zurückgegeben werden soll. Auf breiter Front sind in Hongkong Immobilien und Wertpapierpreise gefallen und haben sich seither nicht mehr erholt. Dies schädigt unmittelbar die chinesische Wirtschaft, da ca. 40% des Deviseneinkommens der VR China in Hongkong erwirtschaftet werden. Auf größtes Mißtrauen stößt auch der von der Vereinigten Britisch-Chinesischen Kommission zur Grundgesetzentwicklung erarbeitete Passus, wonach die VR China das Recht habe, zum Zwecke der Landesverteidigung Truppen in Hongkong zu stationieren, während die Wahrung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung weiterhin in den Händen der örtlichen Polizei verbleiben sollen.

2.5. Leben an den Universitäten

Viele Studenten haben im Sommer 1989 ihr Studium abgebrochen, sind verhaftet worden oder auf das Land geflohen. Während offiziell die Universitäten das Studium am 20. August aufnahmen, drei Wochen früher als gewöhnlich, um das Studium der Gedanken Deng Xiaopings, Li Pengs und Jiang Zemens aufzunehmen, kämpfte die Beijing-Universität (Beijing Daxue) mit "internen Schwierigkeiten" und hatte den Studienbetrieb Anfang Oktober noch immer nicht wieder aufgenommen. Die Lehrpläne sind drastisch

revidiert worden; so wurde das Notensystem zugunsten des politischen Unterrichts umgestellt und die politische Schulung intensiviert. Wieder eingeführt wurde körperliche Arbeit für die Studenten. Neu aus den Provinzen angekommenen Erstsemestern wurden Videofilme über den heldenhaften Kampf und die Niederschlagung des konterrevolutionären Putschversuches vorgeführt. Allseits herrschen Regierungsmüdigkeit und innere Emigration vor.

2.6. Leben der Bevölkerung

Das Leben der Bevölkerung ist seit Mitte Juni von mehreren Faktoren bestimmt. Zunächst fällt die polizeiliche Kontrolle und Bespitzelung des öffentlichen Lebens ins Auge. Neben der Pflicht, sich überall und immer ausweisen zu können, ist ein Heer von Zivilpolizisten unterwegs, deren Aufgabe es zwar ist, Informationen zu beschaffen, deren Hauptwirkung jedoch zunächst darin besteht, jedes Gespräch unter Unbekannten über die Ereignisse vom 4. Juni zu verhindern, da keine öffentliche Vertrauensbasis mehr besteht.

Die Zeitungen enthalten ständig Leitartikel über die Wichtigkeit des Festhaltens an den "vier grundlegenden Prinzipien":

1. Festhalten am sozialistischen Weg,
2. Festhalten an der Diktatur des Proletariats,
3. Festhalten an der Führung durch die Partei,
4. Festhalten an Marxismus-Leninismus und Mao-Zedong-Denken.

Obgleich diese Artikel von Deng Xiaoping bereits vor 10 Jahren entwickelt wurden, um ein Gegengewicht zur Öffnungs- und Reformpolitik zu haben, werden sie in diesem breiten Umfang erst jetzt in den Zeitungen diskutiert.

Neben politischen Grundsatzartikeln wird die seit

Jahren als Deckmantel gebrauchte Kampagne zur Verstärkung der gesellschaftlichen Disziplin wieder intensiviert. So erscheinen Leitartikel, in denen zunächst Pornographie angeprangert wird. Jedoch geht es weniger um Pornographie, die eine Art Sündenbockfunktion hat, sondern um die drohende "westliche bourgeoise Liberalisierung", Hauptträger allen Übels in den Augen der Partei und der offiziellen Medien.

Zum Jahreswechsel brachte Radio Beijing eine Nachricht, nach der im Zuge von Kampagnen zur Wahrung der gesellschaftlichen Ordnung im Laufe des Jahres 1989 insgesamt 350.000 Fälle aktenkundig geworden seien, in denen die Polizei eingegriffen habe. Auch wenn sich diese Zahl angesichts einer Bevölkerung von 1,1 Milliarden relativiert, so ist davon auszugehen, daß auch gegen Personen vorgegangen worden ist, derer man sonst unter einem anderen Namen nicht hat Herr werden können. Mit Pornographieverboten hat man eine gute Handhabe gegen die neue Klasse der Individualgewerbetreibenden, die kapitalkräftig genug ist, den Import von Videokassetten und Abspielgeräten zu bezahlen und einen Kopienmarkt zu finanzieren.

Auch ein Relikt aus früheren Zeiten ist wieder auferstanden: der Arbeitsdienst für Führungskräfte. Nach Zeitungsmittelungen von Mitte November sollen Führungskräfte (Kader) im Jahr mindestens 15 Tage körperlich arbeiten, wobei die Wahl der Arbeit und des Arbeitsortes freigestellt sind. Der Aufruf enthält allerdings das Schlupfloch, daß auch die "Organisation" von Freiwilligengruppen unter diese Kategorie falle.

Die politische Schulung, die in den letzten Jahren einmal pro Woche durchgeführt wurde, wird jetzt an zwei Wochentagen durchgeführt; dabei nimmt die Rechtfertigung der "Niederschlagung des konterrevolutionären

Putschversuches" einen ebenso breiten Raum ein wie die Erläuterung der "Vertiefung der Reform".

3. Schlußbetrachtung

Seit seiner ersten modernen Auseinandersetzung mit dem Westen hat China ein tiefgreifendes Identitätsproblem, das bis heute die Auseinandersetzung mit nichtchinesischen gesellschaftlichen Wertvorstellungen und Systemen auf allen Ebenen nachhaltig beeinflußt.

So ist es ganz offensichtlich, daß eine blinde Verdammlung aller westlichen Werte genau so sinnlos ist wie die blinde Nachahmung westlicher Gesellschaftsformen. Während China im Sozialismus bereits einen "Sozialismus mit spezifisch chinesischen Charakteristika" (ju you Zhongguo tese de shehui zhuyi) praktiziert, wurde andererseits bis jetzt kein Weg gefunden, wie es unter Berufung auf seine eigene Geschichte und seine eigenen politischen und gesellschaftlichen Errungenschaften angesichts der gegenwärtigen Schwierigkeiten zu Lösungen finden kann, die es dem Land erlauben, dauerhafte Stabilität zu erzielen und ein von weniger Widersprüchen diktiertes Verhältnis zu allen Ländern zu finden, die ihrerseits an dauerhaften, stabilen, wechselseitigen und fruchtbaren Beziehungen mit China interessiert sind.

Anmerkungen

1. nun: Tschechische und Slowakische Föderative Republik

Oliver Corff

geboren 1958 in Leipzig

1978-79 Sprach- und kunstgeschichtliche Studien in Paris.

ab 1980 Studium der Sinologie (Hauptfach), der Kunstgeschichte und der Literaturwissenschaften an der FU Berlin.

1981 Chinesisch-Sprachkurs an der Huadong-Universität, Shanghai.

1983-85 Studium an der Fudan-Universität, Shanghai, mit einem Stipendium des DAAD.

1987 M.A. an der FU Berlin mit einer Arbeit über WU-Dialekte.

1987-89 Foreign Research Scholar an der Tokyo-Universität.

1990- Forschungsaufenthalt in Shanghai zur Vorbereitung auf die Promotion.

Mehrfache Tätigkeit als Aushilfssdolmetscher am Deutschen Generalkonsulat in Shanghai.

Studien- und Forschungsaufenthalte in der VR China, der UdSSR und in der Mongolei.

Zahlreiche Vorträge und Veröffentlichungen zu kulturgeschichtlichen und sprachwissenschaftlichen Themen.

Die neuesten Veröffentlichungen der OAG Tokyo und Hamburg

Mitteilungen

Nr.		Yen
95	KAZÁR, LAJOS:	
	<i>Interdisciplinary International Workshop "Provenance of the Japanese language and the people with which an early stage of this language reached the Japanese island realm"</i> .	
	Hamburg 1985, 148 S.	4.600
96	SIMONS, STEFAN:	
	<i>Das Bild Qin Shihuang's in der Geschichtsschreibung der Volksrepublik China. Die Historiographie des ersten Kaisers von China. 1949-1979.</i> Hamburg 1984, 240 S.	5.900
97	FOON MING LIEW:	
	<i>Tuntian Farming of the Ming Dynasty (1368-1644).</i> Hamburg 1984, 329 S.	6.300
99	MUNTSCHICK, WOLFGANG:	
	<i>Das traditionelle japanische Bauernhaus. Eine kulturhistorische Studie.</i> Hamburg 1985, 171 S.	3.600
100	DOMBRADY, GEZA SIEGFRIED/ EHMCKE, FRANZISKA (Hrsg.):	
	<i>Referate des VI. Deutschen Japanologentages in Köln.</i> Hamburg 1985, 349 S.	4.600
101	ROSENBERG, KLAUS:	
	<i>Sozialkritische Literatur in Thailand. Protest und Anklage in Romanen und Kurzgeschichten eines Landes der Dritten Welt.</i> Hamburg 1986, 360 S.	4.800